



DAS MUSS DRIN SEIN! LINKE STARTET NEUE KAMPAGNE

DIE LINKE startet zum 1. Mai eine Kampagne gegen miserable Arbeits- und Lebensbedingungen. Ziel ist es auf zunehmend prekäre Lebensverhältnisse weiter Teile der Bevölkerung hinzuweisen. Wir wollen damit an die erfolgreiche Mindestlohnkampagne der LINKEN anknüpfen.

Die zentralen Forderungen der Kampagne sind:

Befristung und Leiharbeit stoppen. Mindestsicherung ohne Sanktionen statt Hartz IV. Arbeit umverteilen statt Dauerstress und Existenzangst. Wohnen & Energie bezahlbar machen. Personal für mehr Bildung, Pflege und Gesundheit

FRIEDEN

Waffenexporte verbieten

Rüstungskonversion vorantreiben - Es gibt kein sicheres Abnehmerland

Während die US-Regierung mit dem Gedanken spielt, die Ukraine mit Waffen zu versorgen, herrscht in dem Land Bürgerkrieg. Bis 2013 haben deutsche Rüstungsfirmen bereits Waffen an die Ukraine geliefert. Das Beispiel zeigt, wie schnell sich die Situation ändern kann und dass es kein „sicheres Abnehmerland“ für Waffenexporte gibt.

Verbot von Waffenexporten und Kontrollen notwendig

Deutschland ist der drittgrößte Exporteur von Waffen und Rüstungsgütern weltweit. Längst wird mit

4 LinkeLandesZeitung

MENSCHLICHKEIT

Flüchtlinge willkommen heißen und helfen!

Landesregierung reagiert zu spät auf bekannte und steigende Flüchtlingszahlen

Die Hilfsbereitschaft in der Bevölkerung für Flüchtlinge ist groß. Doch die Landesregierung hat versagt. Zwei Jahre lang haben Grüne und SPD in Baden-Württemberg die steigenden Flüchtlingszahlen ignoriert. Die Folge: unwürdige Zustände bei der zentralen Aufnahme, zu wenig Unterkünfte. Langjährige Asylverfahren und die Angst vor Abschiebung sind bittere Realität für viele Flüchtlinge. Bei Mahmoud A. aus Mannheim sind es inzwischen rund 14 Jahre, in denen er vergeblich auf ein Bleiberecht wartet. Sein Leben im heruntergekommenen Flüchtlingsheim beschreibt er als „eine Art moderne Gefangenschaft“ ohne Perspektive.

Ministerpräsident Kretschmann peitschte gegen seine eigene Partei einen Asylkompromiss im Bundesrat durch, der in Wirklichkeit ein Abschiebekompromiss ist. Selbst einen Winterabschiebestopp wie in Schleswig-Holstein und Thüringen lehnte er ab. Doch miserable Unterkünfte werden durch Abschiebungen nicht besser. Der Landkreistag



fordert von der Landesregierung eine ausreichende Finanzierung der Kosten für Unterbringung und Gesundheitsversorgung von Flüchtlingen. Die Pauschalen reichen nicht. Kirchen, Flüchtlingsrat, Handwerk und Industrie mahnen bessere Integrationsleistungen in Kitas, Schulen und Ausbildung an. Wie sollen Azubis gut lernen, wenn sie während ihrer Ausbildung von Abschiebung bedroht sind?

Gökay Akbulut, Stadträtin der Linken aus Mannheim, mahnt: „wer über Willkommenskultur redet, muss auch dafür sorgen, dass bürger-

schaftliches Engagement gestützt wird durch mehr Sozialarbeit und professionelle Angebote“. Emanuel Peter, Mitglied im Tübinger Kreistag, erinnert an die Mitverantwortung Deutschlands für die Flucht von Millionen Menschen: „Chemiewaffen-taugliches Material nach Syrien, Panzer nach Saudi-Arabien, Mithilfe deutscher Banken bei Nahrungsspekulation, Vertreibung durch Landraub in Eritrea, Mali, Niger. Krieg und Verarmung kennen keine Hautfarbe und Religion!“ Deshalb lässt sich Hilfe nicht aufspalten in Afrika oder im Balkan, in Bürgerkriegs- oder Armutsflüchtlinge.

Waffenproduktion ist volkswirtschaftlich nur ein kleiner und friedenspolitisch verzichtbarer Industriezweig

Viele Rüstungsunternehmen haben ihren Sitz und produzieren in Baden-Württemberg. Die Anzahl an Arbeitsplätzen ist überschaubar. Insgesamt betrifft dies in Deutschland weniger als 0,3 Prozent aller abhängig Beschäftigten. Es handelt sich um einen mit Steuermitteln am Laufen gehaltenen kleinen Industriezweig, der Frieden und Stabilität im internationalen Staatensystem gefährdet. Ein nationales Konversionsprogramm würde die Möglichkeit für umweltfreundliche, nachhaltige Industriezweige ermöglichen. Dies würde zudem Konfliktsachen überwinden helfen.



www.facebook.de/dielinkebw
www.die-linke-bw.de

DIE LINKE.
BADEN-WÜRTTEMBERG

Nummer 8 - Frühjahr 2015
DIE LINKE Landeszeitung für Baden-Württemberg

LinkeLandesZeitung

Die LINKE Landeszeitung für Baden-Württemberg

2016
DIE LINKE.
in den
Landtag!

Solidarität für bessere Arbeitsbedingungen und Löhne

Respekt für die Beschäftigten in den Sozial- und Erziehungsberufen!



ErzieherInnen buddeln ein bisschen mit den Kindern im Sand. SozialarbeiterInnen sind Labertaschen und eigentlich sind alle diese Berufe doch ein Klacks! Oder nicht?

Diesen Bildern wollen die Gewerkschaften ver.di und GEW bei der aktuellen Tarifaueinbarung im Bereich der Sozial- und Erziehungsdienste (kurz: SuE) entgegenwirken. Unter dem Motto „aufwerten“ fordern die Beschäftigten im Durchschnitt eine Lohnerhöhung von circa 10 %, aber vor allem eine Anerkennung ihrer anspruchsvollen Berufe.

DIE LINKE unterstützt Beschäftigte und deren Forderungen, natürlich auch wenn es zu einem „Kita-Streik“ kommt. Große Probleme und wichtige Fragen müssen nun ins Blickfeld rücken. Die bisherige schlechte Bezahlung dieser Berufsgruppe betrifft hauptsächlich weibliche Beschäftigte (94 % der Beschäftigten im Bereich SuE sind Frauen). Die

Tarifrunde fragt damit ganz offensiv: Was ist unserer Gesellschaft „frauentypische“ Beschäftigung wert. Auf die Spitze getrieben ist es auch die Frage warum die pädagogisch wertvolle und so enorm fordernde Aufgabe, wie die Kindserziehung, so viel weniger wert sein soll als etwa das Zusammenbauen eines Autos?

Viele Beschäftigte stellen sich auf einen langen Arbeitskampf ein – die Gegenseite, in diesem Falle die kommunalen Arbeitgeber, also Städte und Gemeinden, haben bereits am ersten Verhandlungstag am 25. Februar durchblicken lassen, dass sie zwar bereit sind die ständig steigenden Anforderungen an die SuE-Berufe anzuerkennen, dass jedoch 10% Lohnerhöhung abzulehnen sind. Sie berufen sich dabei auf klamme Haushalte der Kommunen – ein direktes Resultat der Schuldenbremse, die jeder Investition im Wege steht und damit der Zukunft unserer Kinder.

Die SuE-Beschäftigten stehen vor einer weiteren Herausforderung: Im Gegensatz etwa zu ihren Kolleginnen und Kollegen in der Metallindustrie, ist es für sie ungleich schwerer ökonomischen Druck auf die Arbeitgeber auszuüben. So haben etwa Eltern einen gerechtfertigten Anspruch, dass ihre Kinder auch während eines möglichen Streiks in der Kita oder im Kindergarten gut versorgt sind.

Umso wichtiger wird es während der Auseinandersetzungen sein gemeinsame Solidarität zu organisieren. Wie das aussehen kann zeigt ein Beispiel aus Freiburg. Dort hat DIE LINKE zusammen mit Beschäftigten, Studierenden, Eltern und Gewerkschaften ein Solidaritätsbündnis gegründet. Dort wird gemeinsam diskutiert und Aktionen geplant um die Beschäftigten bei ihrem Kampf ums aufwerten zu unterstützen.

DIE LINKE fehlt im Landtag!

Ungefähr ein Jahr vor den Landtagswahlen ist offensichtlich, dass DIE LINKE im Landtag fehlt. Den erhofften Politikwechsel ist die Grüne/SPD-Landesregierung bis heute schuldig geblieben. Viele Wahlversprechen wurden gebrochen, die Bilanz von fast 4 Jahren Regierungszeit ist enttäuschend. Die versprochene Bildungsreform ist weitgehend ausgeblieben. Die Bildungslandschaft gleicht einem Flickenteppich und von einer flächendeckenden Einführung der Gemeinschaftsschule sind wir weit entfernt. Nach wie vor ist der Bildungserfolg wesentlich von der sozialen Herkunft abhängig.



Bernd Riexinger
Parteivorsitzender

Da stellt ein Parteitag der Grünen gesunde Ernährung in den Mittelpunkt und nur wenige Tage später kommt heraus, dass die Qualität des baden-württembergischen Schulsens im Vergleich zu anderen Ländern mehr als schlecht ist. Bei der Neuinstallation von Windkraftanlagen ist Baden-Württemberg enttäuschendes Schlusslicht. Das ist für eine Regierung der ein grüner Ministerpräsident vorsteht erstaunlich. Genauso verwunderlich wie der Bau des Milliardengrabes Stuttgart 21, der praktisch kritiklos unterstützt wird, obwohl doch die Grünen ihren Wahlerfolg nicht unerheblich ihrem inzwischen vergessenen Widerstand gegen diese Dauerbaustelle verdanken.

Die SPD fällt als Partei, die der Landesregierung ein soziales Gesicht geben könnte fast komplett aus. Finanz- und Wirtschaftsminister Nils Schmidt wirkt eher als Buchhalter, denn als Gestalter von sozialem Fortschritt. Weder die im Wahlkampf versprochene Gebührenfreiheit bei den Kindertagesstätten, noch der Abbau von prekären Arbeitsverhältnissen oder die Schaffung bezahlbarer Wohnungen scheinen ein wirkliches Thema für die SPD zu sein. CDU und FDP fallen als Opposition aus, denn selbst bescheidenste Fortschritte von Grüne/SPD gehen ihr zu weit.

Höchste Zeit, dass in den Landtag eine Partei gewählt wird, die den Finger in die Wunde legt und die Themen anspricht, die bei den Anderen längst verloren gegangen sind. Unterstützen Sie unsere Kampagne: LINKE in den Landtag 2016.

Infos - Mitmachen - Mitglied werden!

- Ich möchte ein Infopak und mir die LINKE mal anschauen.
- Ich möchte mitmachen und Mitglied werden.

Vorname, Name _____
Anschrift _____
Bundesland _____
Telefon _____ Email _____
Geburtsdatum _____ Beruf _____
Ort/Datum _____ Unterschrift _____

Hinweis: Die Einzugsermächtigung bitte ausfüllen, wenn Sie Mitglied werden wollen. Ihre Daten bei einer Infoanfrage werden bei uns selbstverständlich nicht gespeichert.

Einzugsermächtigung
Bankname/Sitz _____
Bankleitzahl _____
Kontonummer _____
Monatliche Beitragshöhe _____
Unterschrift _____

KONTAKTADRESSE
DIE LINKE. BW
Marienstr. 3a
70178 Stuttgart
Tel: 0711-241045
Fax: 0711-241046
Mail: info@die-linke-bw.de
www.die-linke-bw.de
www.facebook.de/dielinkebw

DIE LINKE.
BADEN-WÜRTTEMBERG

LOBBYISTENVERBAND SÜDWEST-METALL SPONSERT SCHWARZ-GRÜN

Der Metallarbeitgeberverband in Baden-Württemberg spendete im Jahr 2014 100.000 Euro an die Parteikasse der Landes-Grünen. Im Vorjahr waren es noch 60.000 Euro gewesen. Konzerne der Automobilindustrie wie Daimler und Bosch oder Rüstungsproduzenten wie Heckler&Koch oder MTU sind tonangebend bei Südwestmetall. Früher galten die Grünen als Friedenspartei; heute sind sie die eifrigsten Befürworter von Waffenlieferungen. Das macht sich bezahlt. Südwest-Metall Chef Stefan Wolf formulierte gegenüber der Presse seine klaren Erwartungen und sprach sich für eine zukünftige Landesregierung aus CDU und Grünen aus, so wie in Hessen. Nur die CDU in Baden-Württemberg bekam mit 155.000 Euro mehr „Bimbos“ als die Grünen.

ERBEN IST KEINE LEISTUNG

Soziale Gerechtigkeit bleibt bei der Landesregierung außen vor. Grün-Rot überholt die CDU rechts – zur Diskussion über die Erbschaftssteuer meint Landesprecherin der LINKEN Heidi Scharf: „Es ist absurd, dass SPD und Grüne den fünffachen Freibetrag für Erben von Unternehmen fordern wie Schäuble. Erbe ist leistungsloses Einkommen.“

Warum soll das Erbe eines Hauses oder ein Sparguthaben besteuert werden, aber die Erbschaft eines Unternehmens mit Hundert-Millionen-Freibeträgen verschont werden. Das Argument, es würden so Arbeitsplätze gesichert, ist vorgeschoben. Mit gezielten Steuer-Bezahlmodellen wäre das auch erreichbar. Die Landesregierung bedient hier gadenlos die Interessen der Reichen und Superreichen.



IMPRESSUM

LinkeLandesZeitung
Zeitung für Baden-Württemberg
Nr. 8 - Frühjahr 2015
Herausgeber: DIE LINKE.
Baden-Württemberg,
Marienstr. 3a, 70178 Stuttgart,
Tel: 0711-241045
ViSdP: Bernhard Strasdeit
Satz/Layout: Gregor Mohlberg
Auflage: 100.000

NSU-SKANDAL

Rassistische Mordserie: Mangel an Aufklärungswille? NSU-Watch über Untersuchungsausschuss: „zäh, unvorbereitet, unbeholfen“

Endlich hat der Landtag einen Untersuchungsausschuss (UA) zum Thema „Rechtsterrorismus/NSU“ eingerichtet. DIE LINKE forderte diesen seit über zwei Jahren. Im Ausschuss muss die Wahrheit ans Licht, warum Behörden, Landesverfassungsschutz und V-Leute die Aufklärung der rassistischen Mordserie mehr behinderten als vorantrieben. Wie funktionierten die staatlichen Verbindungen in die Naziszene? Warum waren Ermittler jahrelang auf dem rechten Auge blind? Wir sprachen mit Vertretern der antifaschistischen Initiative NSU-Watch.

LinkeLandesZeitung: In Baden-Württemberg fiel die Entscheidung für den NSU-Untersuchungsausschuss sehr spät. Ihr habt die Entwicklung seit längerem verfolgt, was hat die Einsetzung eines UA im „Ländle“ gebremst?

Weder die grün-rote Landesregierung, noch die CDU-FDP-Opposition hatten Interesse an einem Ausschuss. Der SPD-Innenminister Gall erklärte ihn für unnötig. Die „Enquete-Kommission“, die keine Akten sichten und keine Zeugen vorladen

konnte, ist im Herbst 2014 geplatzt. Es hat auch gedauert, weil der zivilgesellschaftliche Druck nicht groß genug war. Wir sehen das bis heute: es kommen zu wenige BeobachterInnen zum Ausschuss.

LinkeLandesZeitung: Im Bundestag und in anderen Bundesländern gab es eine positive Zusammenarbeit in den NSU-Ausschüssen, über Parteigrenzen hinweg. Wie ist euer bisheriger Eindruck von den baden-württembergischen Akteuren, wird das was?

Die bisherigen Sitzungstage waren äußerst zäh. Über alle Fraktionen hinweg wirken die Abgeordneten unbeholfen und unvorbereitet. Ob einige der Aufklärungswille noch packt, werden wir sehen.

LinkeLandesZeitung: Gibt es denn wirklich Ungeklärtes zum NSU in Baden-Württemberg?

Ja, es gibt viele offene Fragen zum Mord an der Polizistin Michèle Kiesewetter in Heilbronn 2007. Kollegen von ihr waren Mitglied im rassistischen „Ku-Klux-Klan“. Wir gehen davon aus, dass es ein NSU-Unter-



Foto: Heiko Stuckmann / pixello.de

stützer-Netzwerk auch im Südwesten gegeben hat. Außerdem ist der Zeuge Florian H. in Stuttgart unter rätselhaften Umständen gestorben.

LinkeLandesZeitung: Das Kapitel Rechtsterrorismus ist nicht abgeschlossen. Habt ihr eine Einschätzung zur aktuellen Gefahr? Es gibt keinen Grund zur Entwarnung. Aus extrem rassistischer Ideologie entsteht immer Gewalt gegen Menschen. Die Mordserie des NSU hat dies in aller Brutalität gezeigt. Auch im „Ländle“ existieren militante Nazistrukturen und wir erleben Übergriffe gegen Flüchtlinge.

Mehr unter:
www.bw.nsu-watch.info

KITAS

Kinderbetreuungsbedarf abdecken

Für gute Betreuungsangebote muss in Land und Kommunen mehr getan werden

Der Bedarf an Kinderbetreuungsmöglichkeiten nimmt zu, gerade auch in Baden-Württemberg. 2014 besuchten dreimal so viele unter Dreijährige eine Tageseinrichtung wie noch 2006. Der Bedarf wird auch in den nächsten Jahren weiter steigen, nur leider bleibt das Angebot dahinter zurück. Gerade im Bereich der Betreuung unter Dreijähriger fehlt es den Kommunen oft an den nötigen Investitionsmitteln, um hier ein flächendeckendes Angebot zu schaffen. Doch Kindertageseinrichtungen sind nicht nur für die Vereinbarkeit von Familie und Beruf und damit für die Gleichstellung der Frau von zentraler Bedeutung, KiTas sind auch Bildungseinrichtungen.

Gute Kinderbetreuung kostet Geld und ist ein wichtiger Beitrag für Erziehung und Bildung

Heidelberg liegt bei der Betreuung unter Dreijähriger an der Spitze bei den westdeutschen Kommunen. Bei der Betreuung der Dreijährigen bis zum Schuleintritt erreicht die Stadt seit vielen Jahren eine hundertpro-

zentige Versorgung. Das ist möglich, weil Heidelberg dafür große Geldsummen bewegt – allein im Doppelhaushalt für die kommenden zwei Jahre sind 75 Millionen Euro für die Kinderbetreuung vorgesehen. Das zeigt: Ein gutes Betreuungsangebot ist möglich, wenn dafür die entsprechenden Finanzmittel zur Hand genommen werden.

Gute Kinderbetreuung im ganzen Land und mehr Anerkennung und gute Löhne für ErzieherInnen

Hier wollen wir Druck machen auf die Landesregierung. Ein qualitatives und flächendeckendes Betreuungsangebot braucht Standards und eine angemessene Mittelbereitstellung. Dazu gehören auch Programme zur Sprachförderung und ein kostenloses und gesundes Mittagessen in KiTas und Schulen. Bei der Personalbemessung an städtischen KiTas darf es keine Abstriche geben. Das pädagogische, Leitungs- und Verwaltungspersonal in der Kinderbetreuung besteht fast ausschließlich



Foto: Heiko Stuckmann / pixello.de

aus Frauen, von denen in Baden-Württemberg nur knapp jede zweite in Vollzeit beschäftigt ist. Eine Aufwertung der Sozial- und Erziehungsdienste und eine angemessene Entlohnung der Beschäftigten sind hier längst überfällig.

DIE LINKE Baden-Württemberg fordert darüber hinaus die Kitagebühren abzuschaffen; im ersten Schritt ein gebührenfreies Kitajahr einführen und die Freibeträge für Familien mit geringem Einkommen erhöhen. Frühkindliche Bildung darf nicht vom Geldbeutel der Eltern abhängen.

GESUNDHEIT

Krankenhäuser im Dauerstress

Gesundheit darf keine Ware sein - Krankenhausfinanzierung auf Dauer sichern!

Die Krankenhäuser in Baden-Württemberg sind unterfinanziert. Die Folge davon ist: Die Klinikleitungen müssen sparen. Sparen geht, wenn man Investitionen verschiebt oder den Beschäftigten den Lohn kürzt bzw. für einen gezahlten Lohn immer mehr Gegenleistung verlangt, um notwendige Aufgaben mit weniger Beschäftigten erledigen zu können. Die dritte Möglichkeit ist, man versorgt nur noch Patienten, bei denen sich die Behandlung „rentiert“, und das am besten in Fließband-Abfertigung.

Aber jeder weiß, dass so was auf dem „flachen Land“ nicht geht. Hier braucht die Bevölkerung ein Krankenhaus mit Grundversorgung. Kliniken, die nur Herzkatheder-Untersuchungen machen oder die nur Gallenblasen entfernen, funktionieren – wenn überhaupt – nur in Ballungszentren.

Der Privatisierungsdruck wächst. Aber DIE LINKE will nicht, dass auf Kosten kranker Menschen Geschäftsmodelle entwickelt werden. Unsere Gesundheit ist schließlich keine Ware.

MIETEN UND WOHNEN

Öffentlich geförderten Wohnungsbau ankurbeln

Es fehlt ein Landesprogramm für ausreichend Sozialwohnungen

„Wie setzen künftig einen Förderungsschwerpunkt im Mietwohnungsbereich im Verhältnis 4:1 zur Eigenheimförderung“ (Koalitionsvertrag, S.51).

Beim Blick auf die Fakten bleibt von diesem Versprechen der Landesregierung nicht viel übrig. Die Zahl der Sozialwohnungen sinkt weiter, 4500 Wohnungen fallen jährlich aus der Mietpreisbindung. Gerade mal 80 Wohnungen sind in der ersten Jahreshälfte über das Landesprogramm für sozialen Wohnraum finanziert worden. Im Gegensatz dazu steigt die Finanzierung von Eigentum aus den Gesamtmitteln des Programms rasant an. Faktisch kommen derzeit auf eine geförderte Mietwohnung 10-15 Eigentumsförderungen.

Das Landesprogramm ist angesichts von Niedrigzinsen weitgehend wirkungslos, bestätigen Bauwirtschaft und Mieterbund gleichermaßen. Wohnbauunternehmen versorgen sich auf dem Kreditmarkt mit Geld und bauen damit zu ihren Bedingun-



Foto: Peter Franz / pixello.de

Mit Einführung der Fallpauschalen (DRGs, Festpreis pro Krankheit) können die allermeisten Krankenhäuser ihre laufenden Kosten nicht mehr decken. Diese Fallpauschalen sind eines der zwei Grundübel der Unterfinanzierung unserer Krankenhäuser. DIE LINKE fordert, dieses Finanzierungssystem wieder abzuschaffen. Es hat sich nicht bewährt. Neben den laufenden Kosten geht es noch um die Investitionskosten (Bau und Unterhalt der Kliniken). Das ist eigentlich Sache der Länder. Und hier ist das Grundübel, dass die alten CDU-Landesregierungen gesetzeswidrig ihren Verpflichtungen gar nicht nachgekommen sind, und die jetzige Regierung immer noch zu wenig macht.

Mehr Geld durch Grün-Rot und immer noch zu wenig: In den Krankenhäusern steigen die Überlastungsanzeigen des Personals. Es gibt Stationen, da muss nachts eine Krankenschwester alleine 25 Patienten betreuen.

Die Grün-Rote Landesregierung hat sich außerdem das zusätzliche Geld für die Kliniken aus dem kommunalen Finanzausgleich geholt! Die Gemeinden zahlen jetzt die zusätzlichen Beträge, die ihnen anderswo fehlen. So ist das, wenn DIE LINKE im Landtag fehlt: Wir wollen, dass das Land seine Verpflichtungen erfüllt.

gen – langfristig bezahlbare Mieten sind nicht in ihrem Interesse. In der Konsequenz hätte die Landesregierung gegensteuern müssen, passiert ist fast nichts. Zusätzlich werden Wohnbaugenossenschaften, wie z.B. einer Gruppe aus dem Umfeld des Freiburger Mieterhäuser-Syndikats, mit wenig Eigenkapital, Kredite über das Landesprogramm verweigert, weil sie mit geringen Ertragsmieten kalkulieren. Das Landesprogramm fordert also sogar zu höheren Mieten auf.

„Veränderungen auf dem Wohnungsmarkt können nur erreicht werden, wenn alle öffentlichen Fördermaßnahmen auf das Ziel ausgerichtet werden, das Mietniveau zu senken und bezahlbar zu halten. Zu schnellen Anpassungen fehlt offensichtlich der politische Wille bei der Landesregierung“, so Karin Binder, Bundestagsabgeordnete der LINKEN.

DIE LINKE will die Fördermittelhürden insbesondere für kleine Baugegenossenschaften senken und mehr direkte Zuschüsse an kommunale

Wohnbauunternehmen für den Bau von Sozialwohnungen einrichten. An einer öffentlichen Wohnbauoffensive kommt man angesichts der katastrophalen Situation nicht mehr vorbei. DIE LINKE im Bundestag unterstützt dieses Anliegen, erklärt MdB Karin Binder, indem sie die Wiedereinrichtung der, 1990 abgeschafften, Gemeinnützigkeit für nicht renditeorientierte Wohnbaugesellschaften anregt. Solche Wohnbaugesellschaften könnten steuerentlastet und auf die sogenannten Kostenmieten orientiert, ihre Mieten dauerhaft günstig halten.

Auf kommunaler Ebene setzen wir uns dafür ein, dass bei jedem Neubauprojekt, der Anteil der günstigen Wohnungen, mind. 2/3 beträgt. Studien stützen diese Forderung. Während im mittleren und oberen Segment ein Überangebot herrscht, hat sich der Mangel an günstigen Wohnungen in Baden-Württemberg mittlerweile auf fast eine halbe Million fehlender Wohnungen hochgeschraubt.



MINDESTLOHN BLEIBT WEITER LÖCHRIG

Seit Jahren wird die Kampfkraft der Gewerkschaften durch Befristungen, Leiharbeit usw. geschwächt. So ist ein breiter Niedriglohnsektor entstanden. Gerade in Baden-Württemberg mit hohen Lebenshaltungskosten können viele von ihrer Arbeit nicht mehr leben. Jetzt gibt es endlich den Mindestlohn; zu niedrig und mit viel zu vielen Ausnahmen. Trotzdem schreien Union und Unternehmer nach weiteren Ausnahmeregelungen. Die Wettbewerbsfähigkeit sei in Gefahr, meint die FDP-Fraktion in BaWü und möchte das hier geltende Tariftrue- und Mindestlohngesetz auch gleich wieder abschaffen. DIE LINKE lehnt dies ab und fordert gute Löhne für alle: Ohne Ausnahmen!



TTIP-ABKOMMEN BRINGT KOMMUNEN IN GEFAHR

DIE LINKE setzt auf kommunale Selbstverwaltung und öffentliche Versorgungsbetriebe. Energie, Müllabfuhr, Trinkwasser, Pflege und Gesundheit müssen in öffentlicher Hand sein und nicht weiter dem Profitdiktat privater Anbieter unterworfen werden. Das geplante Freihandelsabkommen TTIP zwischen EU und USA birgt die Gefahr, dass bei der Auftragsvergabe noch mehr Druck entsteht für Privatisierungen. So könnte passieren, dass Ihr Krankenhaus plötzlich nicht mehr staatlich gefördert werden darf, weil das vor einem Schiedsgericht als „Wettbewerbsverzerrung“ gilt. Auch soziale und ökologische Auflagen könnten kassiert werden. Widerstand dagegen lohnt sich. Die Kommunen müssen sich gegen das Abkommen wehren.